

Rezensionen

Andreas Novy (2001): *Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavengerellschaft zur Diktatur des Geldes*. Wien: Promedia Verlag, 368 S.

Wer in diesem Buch im herkömmlichen landeskundlichen Sinne historisch-systematisch zusammengestellte Daten zu Geschichte, Politik und Wirtschaft zu Brasilien sucht, wird wahrscheinlich enttäuscht werden, wer sich aber auf eine Neuinterpretation Brasiliens auf der Basis einer Fülle neuer und neuester, vielfach in portugiesischer oder spanischer Sprache abgefasster, Studien, einlässt, wird reichlich belohnt. Diese Neuinterpretation beruht auf einer dialektischen und integrierten Analyse von Raum und Macht und von politischen und ökonomischen „Verflechtungsräumen“, aus der sich tiefgreifende Erkenntnisse über historische und aktuelle Handlungsspielräume in der lateinamerikanischen Peripherie gewinnen lassen, die jedoch auch für die allgemeine entwicklungs- und staatstheoretische Diskussion relevant sind.

Der Verfasser geht davon aus, dass die Unordnung der Peripherie, also die Brasiliens, „eine Un-Ordnung mit einem großen O darstellt. Sie ist strukturell“ (S.15). Es sei deshalb ein Irrtum zu glauben, dass es nur der einen oder anderen sozialpolitischen oder ökonomischen Maßnahme bedürfe, um diese Unordnung zu überwinden. Alle seit 1989 an die Macht gekommenen Präsidenten seien angetreten, „die Unordnung zu überwinden und Brasilien zu modernisieren“, aber sie brachten nur Krisen, Chaos und verschärfte Unordnung

über das Land. Um das gegenwärtige Desaster zu verstehen, so Novy, ist ein Blick auf Brasiliens Verhältnis zur Welt notwendig, auf die räumliche Hierarchie von Zentrum und Peripherie, eine Struktur, die sich über die Jahrhunderte verfestigt hat und die den gegenwärtigen Handlungsspielraum bestimmt. So ist es das erste Anliegen Novys, die *Räumlichkeit* der historisch-strukturellen Entwicklung aufzuzeigen. Denn: „Es gibt einen Widerspruch zwischen der Nation als Territorium mit einem internen Machtsystem einerseits und dem globusumspannenden Prozess der Einbindung in eine von den Zentren dominierten Struktur andererseits“ (S. 16). Der zweite Aspekt ist das Problem der *Macht*, dem die lateinamerikanische Staatstheorie nur ungenügend Rechnung getragen habe. Er kritisiert das traditionelle Verständnis vom Staat, wonach ein Präsident mit einem guten Beraterstab Maßnahmen durchsetzen könnte, um die Unordnung in seinem Territorium zu verringern. Damit wäre Reformpolitik „eine Politik, die innerhalb der Grenzen eines Machtraumes in die Infrastruktur investiert, soziale Dienste bereitstellt und eine kulturelle Modernisierung ermöglicht“ (S. 17). Das hieße jedoch, die Macht auf das „Ausüben“ von Macht zu reduzieren, auf eine simple Mechanik, wonach der Machthaber das Räderwerk der Sozialtechnik betätigt und ein bestimmtes Ergebnis herbeiführt. Novy sieht darin eine starke Überschätzung politischer Handlungsspielräume, weil das bewusste Handeln der Machthaber häufig unbeabsichtigte Konsequenzen zeitigt. So kann „...die tieferliegende Struktur der Raum-Macht die ‘vernünftigsten’ Maßnahmen im Sozialbe-

reich verhindern, indem sie z.B. dem Machthaber die notwendigen Ressourcen entzieht, sei es via Kapitalflucht oder Steuerrückziehung“ (S. 17)

Im Gegensatz zur konventionellen Sichtweise von Raum als etwas Absolutem, angefüllt mit Dingen, Personen und Prozessen geht Novy davon aus, dass *Raum* produziert wird, denn durch die Interaktion von Mensch und Natur werden Räume verändert und neue Räume geschaffen (z.B. durch Gewinnung von Land durch die Errichtung von Deichen, die Bestellung landwirtschaftlicher Flächen, durch Kanalisierung oder Urbanisierung). Aber auch *Macht* wird produziert und gleichzeitig produziert sie Wirklichkeit, wie Novy mit Rückgriff auf Michel Foucault feststellt. Er übernimmt von Foucault den Begriff des Machtraums: „Der Machtraum ist etwas Gegebenes, und die Menschen haben sich dem anzupassen“ (S. 23). Die Frage, *wer* die Macht ausübt, ist für Foucault irrelevant. Die Macht wohnt der Struktur inne, und es ist diese Struktur, die Wirklichkeiten produziert. „Macht ergibt sich ... aus unterschiedlichen räumlichen Verteilungen und Reichweiten von diskursiven und organisatorischen Praktiken. Macht schafft einen Verflechtungsraum, der verschiedene Teilräume in eine hierarchische Beziehung zueinander bringt“ (S.25). Andererseits stehen sich Macht-Raum und Raum-Macht nicht dualistisch gegenüber, sondern sind dialektisch aufeinander verwiesen.

Novy geht bei seiner Analyse von vier Phasen der sozioökonomischen Entwicklung Brasiliens als gewachsenen gesellschaftlichen Beziehungen aus, die sich wie Schichten übereinander legen und die gegenwärtige Entwicklung „belasten“. Im 2. Kapitel mit dem Titel „Aufbau und Zerstörung des Nationalen“ werden die vier

verschiedenen Entwicklungsweisen, nämlich 1. die koloniale Entwicklungsweise unter europäischer Vorherrschaft (1500-1822), 2. die außenorientierte Entwicklungsweise unter britischer Vorherrschaft (1822-1929), 3. die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise unter US-Hegemonie (1929-1982) und 4. die Krise der nationalstaatlichen Entwicklungsweise bei fortgesetzter US-Hegemonie (ab 1982), als „Geschichte der Tiefenstruktur“ analysiert. Den vier Entwicklungsweisen ordnet Novy (vgl. Tabelle 2, S. 75) verschiedene Akkumulationsregime und Regulationsweisen zu, wobei die Regulationsweise der Periode von 1929-1982 als nationale entwicklungsstaatsorientierte Regulation bezeichnet wird, während ab 1982 die Schwächung des Nationalstaates in den Vordergrund tritt. Die mit den Konzepten der Regulationstheorie systematisierten *Machtfelder* ergeben sich aus der Tiefenstruktur der brasilianischen Gesellschaft und sind von den *Bühnen der Macht* zu unterscheiden, auf denen an der Oberfläche die gesellschaftlichen Konflikte ausgetragen werden. Diese Analyse der *Bühnen der Macht* setzt bei den Brüchen der politischen Geschichte Brasiliens an, nämlich 1822 (Unabhängigkeit), 1889 (Republik), 1930 (Vargassche Revolution), 1964 („Aprilrevolution“ bzw. Militärputsch) und in den 1980er Jahren (Demokratisierung). Für Novy wird damit aber lediglich die Oberfläche gesellschaftlicher Auseinandersetzungen angesprochen, die Handlungsebene sozusagen, denn die konkreten Siege und Niederlagen, Konflikte und Strategien, Diskurse, Organisationsformen und Widerstandsnester sind von viel kürzerer Dauer als Akkumulationsregimes oder strukturelle Formen, die tieferliegenden Schichten des Machtfeldes. (S. 73).

Im 2. Teil des 2. Kapitels untersucht Novy die „Nationale Bühne der Macht“. Er erläutert darin die spezifisch brasilianische Staatsform, die sich stark an den Patrimonialismus anlehnt und bis heute „gleichsam das Skelett des brasilianischen politischen Systems“ bildet (S.127). Der Staat ist der wichtigste Machtknoten, mit dem der dominante Teil der *Zivilgesellschaft* fest verwoben ist, während der andere, unterdrückte Teil vom Zugang zur politischen und wirtschaftlichen Macht ferngehalten wird. So gehört es „...zum bedeutsamsten und tragischsten Merkmal der brasilianischen Un-Ordnung, dass alle Organisationsformen des unterdrückten Teils der Gesellschaft immer erbarmungslos bekämpft werden“ (S. 134). Denn „die polit-ökonomische Machthierarchie spiegelt sich auch in der Zivilgesellschaft wider, und es gibt mächtige sowie unterdrückte Teile der Zivilgesellschaft“ (S. 128)

Das 3. Kapitel widmet Novy der Geschichte der regionalen Machtfelder, in deren Mittelpunkt die Herausbildung des Bundesstaates São Paulo und der Stadt São Paulo als nationaler Machtraum und Zentrum der Peripherie steht. Mit einer Fülle von wirtschaftsstatistischen Daten, die der regulations- und akkumulationstheoretischen Analyse dienen, sowie detaillierten Schilderungen der dominanten politischen Persönlichkeiten und Parteien exemplifiziert der Autor an dem regionalen Machtfeld São Paulo die Dialektik von Raum-Macht und Machtraum.

Den interessantesten Teil des Buches bilden m.E. die Kapitel 4 („Die Neuordnung der Un-Ordnung“) und 5 („Menschen machen Geschichte und Geographie“), in denen die Diskussion über die sozioökonomische und politische Entwicklung Brasiliens wieder aufgenommen und in Hin-

blick auf die Dialektik von Ordnung und Un-Ordnung zusammen gefasst wird. Zuerst geht es auf der Grundlage der regulationstheoretischen Analyse um einen systemischen Blick auf die Stabilität Brasiliens, bzw. die Stabilisierung der Un-Ordnung, sodann werden mit Blick auf die Krisen und deren AkteurInnen in einer Konjunkturanalyse die Struktur- und Handlungsanalyse miteinander verschränkt.

Novy zeigt, dass sich in den 1990er Jahren mit der Dollarisierung, d.h. der Ankopplung an einen fremden Währungsraum, das Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung verändert hat; die Leistung der Regierung Cardoso sieht er darin, die Un-Ordnung in einem neuen institutionellen Gefüge stabilisiert zu haben, während die Linke marginalisiert und auf einige kleine Macht-Räume in einzelnen großen Kommunen und einigen wenigen Bundesstaaten verwiesen wurde. Unter dem Zwischentitel „Sozialliberale Hegemonie?“ beschäftigt sich Novy abschließend mit zwei Handlungsfeldern, auf denen mögliche gegenhegemoniale Praktiken und Projekte entstehen könnten. Dabei setzt Novy zum einen auf die praktische Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Formen und ihren institutionellen Ausprägungen mit dem Ziel ihrer Überwindung und zum anderen auf die Schaffung neuer Macht-Räume. Allerdings geht es zunächst und vor allem um die Verteidigung der Demokratie als zentraler Rahmenbedingung verändernden Handelns. Ein wesentliches Minimalziel sozialer und demokratischer Bewegungen muss die Verteidigung von Demokratie und Bürgerrechte gegen den immer diktaturanfälligen „realen Liberalismus“ sein. Darüber hinaus muss sie unter Ausnützung der Vielfalt an Macht-Räumen, die sich die Zivilgesellschaft im Zuge

der Demokratisierung erkämpft hat, in Teilbereichen ein anderes Modell als das des vorherrschenden „realen Liberalismus“ verwirklichen.

Wegen der gebotenen Kürze konnten hier nur einige Aspekte der von Novy angestoßenen Re-Theoretisierung von Gesellschaftsveränderung dargestellt werden. Die Schlüsselkategorien Raum und Macht ermöglichen aber nicht nur eine Neuinterpretation der Geschichte Brasiliens, sondern auch die anderer lateinamerikanischer Länder, so dass dieses Buches in vielerlei Hinsicht für die Lateinamerikaforschung von Bedeutung sein dürfte.

Renate Rausch

Hein Marais (2001): *South Africa: Limits to Change. The Political Economy in Transition*. Revised & expanded edition. London & New York: Zed Books/Cape Town: University of Cape Town Press, 338 S.

Südafrika steht für eines der faszinierendsten soziopolitischen Experimente des ausgehenden 20. Jahrhunderts, den Versuch zur Überwindung eines über Jahrhunderte hinweg tief verwurzelten rassistischen Systems und seiner letzten Steigerung in Form der Apartheid. M., ehemaliger stellvertretender Herausgeber der einflussreichen linken Zeitschrift *Work in Progress* (Johannesburg), verkennt keinen Augenblick diesen historischen Kontext und die damit verbundene Leistung führender politischer Akteure ebenso wie der beteiligten mobilisierten Massen. Dennoch oder gerade deswegen fällt seine in einer ersten Fassung 1998 erschienene, hier deutlich aktualisierte Bilanz zutiefst skeptisch aus. Es

geht darum, die „Niederlage des südafrikanischen Sozialismus“ (14) zu verstehen.

M. unternimmt es, die bisherigen Ergebnisse des Transformationsprozesses vor dem Hintergrund der politischen Tradition und Praxis seiner hauptsächlich politischen Akteure zu analysieren, an vorderster Stelle der heutigen Regierungspartei, des African National Congress (ANC), daneben des seit Mitte der 1980er Jahre wichtigsten Gewerkschaftsbundes COSATU und schließlich als dritter Komponente der regierenden *triple alliance* der Kommunistischen Partei (SACP). Allein schon die Nennung der letzten beiden kann als Hinweis sowohl auf die Besonderheiten der Politik in Südafrika wie auch auf die Probleme und Bruchstellen dienen, die sich aus einer kritischen, linken Perspektive ergeben.

M. stellt seine Analyse der Entwicklung nach der Erringung der Mehrheitsherrschaft 1994 in den Kontext der sozialhistorischen Entwicklung Südafrikas, die wiederum die Folie für die politische Tradition des ANC und der mit ihm seit den 1950er Jahren verbundenen SACP bildet. Sie war vor allem durch den Vorrang des afrikanischen Nationalismus vor sozialistischer Programmatik bestimmt, die nach M. auf die häufig übersehene Schwächung der Arbeiterbewegung während der 1940er Jahre, vor allem durch den großen Bergarbeiterstreik 1946 zurückgeht. Zusammen mit der Transformation des ANC unter dem Eindruck seiner Jugendliga und der „Class of 1944“ (Nelson Mandela, Oliver Tambo, Walter Sisulu usw.) setzte dies eine „Dynamik“ in Gang, die „zur schnellen Umwandlung des südafrikanischen Kampfes aus einem potentiell auf Klassenbasis beruhenden in einen nationalistischen Kampf“ führte (15). M. belegt eindrucksvoll und detailliert, wie sich dies in den folgenden

Jahrzehnten ausgewirkt hat, nicht zuletzt in einer Strategie des bewaffneten Kampfes, die jahrzehntlang einer „Chaostheorie der Revolution“ (59) angehangen und damit nicht wenig zum Patt der 1980er Jahre beigetragen hat, das schließlich in den Kompromiss von 1994 einmündete. Dabei wird nicht übersehen, dass die Apartheidsära zugleich wesentliche sozialstrukturelle Veränderungen mit sich brachte, insbesondere zu Beginn eine stark eingeschränkte soziale Differenzierung der Schwarzen zumal in den *townships*, die seit Mitte der 1970er Jahre eine stärkeren Aufschichtung Platz machte, was Anlass und zugleich auch Folge der verspäteten, vom Regime Ende der 1970er Jahre eingeleiteten Reformen war. All dies wird hier komprimiert und zuverlässig zusammenfassend dargestellt.

Entscheidend sind diese Prozesse ebenso wie die Absorption des Black Consciousness Movement durch den Exil-ANC oder die instrumentelle Politik des ANC gegenüber den Organisationsformen der Massenbewegung der 1980er Jahre und die ebenfalls konzentriert referierten Verhandlungsprozesse nach 1990 aber vor allem als Vorspiel zur Regierungspraxis des ANC. Der springende Punkt dürfte hier für M. im „politischen Reduktionismus“ (72) des ANC liegen. Dies bezeichnet zum einen eine Fixierung auf den Staatsapparat, der schon aufgrund des mit der Regierung der Nationalen Partei ausgehandelten Kompromisses nicht zerschlagen, sondern besetzt werden musste. Die Strategie des „elite packing“ (77) entsprach aber der traditionellen, vor allem von Seiten der SACP auch theoretisch abgesicherten Disposition des ANC, der andererseits in den Verhandlungen über die Modalitäten des Übergangsprozesses nicht in der Lage war, „seine

Positionen zu halten (...), eine direkte Folge der historischen Vernachlässigung der Sphären von Gesellschaft und Wirtschaft durch die Bewegung“ (134). Dies neben den unsicheren Machtverhältnissen und der Drohung eines verschärften Bürgerkrieges erklärt auch die ausführlich belegte Geschwindigkeit, mit der die ANC-Führung – wohl auch unter dem Eindruck des Wegfalls möglicher politischer und wirtschaftlicher Partner nach der Implosion des Sowjetsystems – auf Positionen einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin eingeschwenkt ist. Die faktisch an Vorgaben von IMF und Weltbank orientierte Politik des knappen Geldes, geringer Neuverschuldung (bei relativ geringer Staatsverschuldung insgesamt) und der Aufhebung der Kapitalkontrollen ist, wie M. ausführlich belegt, gemessen an ihren Zielen gescheitert. Die Wachstumsziele sind insgesamt verfehlt worden, Auslandsdirektinvestitionen wurden in weit geringerem Maß angezogen als erhofft, der Zustrom kurzfristiger Einlagen hat nichts zur Verbesserung der Situation beigetragen, und die Arbeitslosigkeit vor allem unter jungen Afrikanern liegt dementsprechend auf einem Niveau, das deutlich über 20% liegt, möglicherweise aber noch erheblich viel höher. M. stellt den im einzelnen belegten Maßnahmen der vom ANC beherrschten Regierung und den entsprechenden Aussagen ihrer Vertreter systematisch Überlegungen gegenüber, die sich insgesamt an einem linkskeynesianischen Konzept orientieren, die vor allem aber die Möglichkeit in Anspruch nehmen, auch angesichts nicht zu verkennender Globalisierungsprozesse über objektiv vorhandene alternative Entscheidungsoptionen zu verfügen. Der Staat ist demzufolge nicht so hilflos dem Globalisierungsdruck ausgelöst,

wie es die herrschende wirtschaftspolitische Doktrin (nicht nur) in Südafrika unterstellt.

Allein schon um zu verstehen, warum die politische Vorherrschaft des ANC auch nach den zweiten demokratischen Wahlen 1999 ungebrochen und ungefährdet erscheint, ist es freilich notwendig, auf die unverkennbaren Verbesserungen hinzuweisen, die die Mehrheitsherrschaft trotz der unverkennbaren strukturellen Probleme oder Fehlleistungen gebracht hat. M. verweist auf Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, Ausweitung des Elektrizitäts- und Telephonnetzes oder auch den – wenn auch qualitativ sehr bescheidenen – Wohnungsbau. Hinzu aber kommt die systematische und weitgehend erfolgreiche Arbeit der ANC-Führung an einem hegemonialen Projekt im Sinne Gramscis (hauptsächlich gefiltert durch Stuart Hall), der erfolgreiche Aufbau von Konsensus, der innerhalb der *triple alliance* auch eine komplexe und delikate Politik der Kooptation, der Einheitsappelle und der Einschüchterung einschließt, für die in erster Linie der gegenwärtige Präsident Thabo Mbeki steht. Umso schwieriger ist vor diesem Hintergrund und angesichts der organisatorischen Einbindung der beiden wichtigsten potentiellen linken Kristallisationspunkte COSATU und SACP die Formulierung und Artikulation eines alternativen Projektes, zu dem sich insbesondere die SACP ausdrücklich nicht in der Lage sieht. Hinzu kommen Erscheinungen wie der weitgehende Abzug wichtiger Kader aus den unterschiedlichsten sozialen Bewegungen oder den *civics* in Staat und Verwaltung, was nicht nur die Transformation der Apparate, sondern zugleich auch die Entleerung von Basisorganisationen und Gewerkschaften von Initiative, Energie und Erfahrung bedeutet. Eine besondere Problematik sieht M. völlig zurecht

in der expandierenden, mit der demokratischen Verfassung eigentlich nicht kompatiblen Rolle traditioneller Führer und ihren Ansprüchen auf Kontrollrechte in Bereichen wie Rechtsprechung und Landverteilung.

Ein „neu belebtes Massenprojekt“ müsste demgegenüber aus einem „langen Prozess der Neubewertung, der Umgruppierung und des Wiederaufbaus“ hervorgehen und „transnational“ sein (307) – nicht zuletzt wohl auch angesichts der Realität grenzüberschreitender Migration und zuweilen hysterischer Xenophobie. Die Dringlichkeit eines solchen Projektes wird abschließend noch einmal verdeutlicht anhand der absehbaren Katastrophe durch die „AIDS-Endemie“ (307), auf die die Regierung mit völlig unzureichenden Maßnahmen und bizarren Thesen über Zweifel am Zusammenhang zwischen HIV und AIDS reagiert hat. Auch vor diesem Hintergrund scheint die Annahme überzeugend, dass zu erwartende soziale Bewegungen und ihre Organisationskerne in Inhalt und Stoßrichtung noch kaum vorhersehbar sind. Das bedeutet nicht nur Stabilität für den hegemonialen Konsens und Konsolidierungschancen für den Block an der Macht sondern „für die linken und die Basissektoren“ die Forderung nach „neuen Ebenen des Erfindungsreichtums, neuen Formen des Mutes und einer neuen Lust am Risiko“, da, wie der bekannte südafrikanische Historiker Colin Bundy zitiert wird, „die Linke ‚keine Aussicht auf einen schnellen Sieg und noch nicht einmal ein eindeutiges Modell davon hat, wie der Sieg aussehen wird‘.“ (308) Das freilich dürfte keine südafrikanische Besonderheit sein. Und deshalb ist dieses Buch von Interesse auch für diejenigen, denen es nicht vordringlich

darum geht, Südafrika zu verstehen. Um dies zu tun, ist es eine Pflichtlektüre.

Reinhart Kößler

Moktar Lamari, Hildegard Schürings (1999): *Forces féminines et dynamiques rurales en Tunisie. Contributions socio-économiques et espoirs des jeunes filles du monde rural*. Paris: L'Harmattan: Histoires et Perspectives Méditerranéennes, 255 S.

Die Emanzipation der Frau stellt einen wesentlichen Bestandteil des Legitimierungsdiskurses des tunesischen Staates dar. Dieser ist zugleich städtisch und industriell orientiert. Die Verachtung des Landes und die Gleichsetzung von rückständig mit ländlich lässt sich in vielen tunesischen Modernisierungsdiskursen finden.

Die Arbeit von Lamari und Schürings stellt diese Diskurse in einer innovativen Art und Weise in Frage. Hier geht es um Mädchen bzw. junge Frauen auf dem Lande – um deren sozio-ökonomische Realitäten und Potentiale. Gegenstand ist die Frage nach dem sozioökonomischen Beitrag der jungen Frauen – und dieser, so das Fazit der Studie, ist immens. Die jungen Frauen stellen den Kern der ländlichen Entwicklung dar. Sie bilden die Basis der häuslichen und außerhäuslichen Produktion und leisten einen zentralen sozialen und wirtschaftlichen Beitrag. Sie sind aber zugleich die VerliererInnen – ihre Situation hat sich nicht verbessert. Ihre Aspirationen und ihre Hoffnungen werden enttäuscht.

Insofern ist das Fazit des Buches ernüchternd: besonders auf dem Land klaffen entwicklungspolitischer und emanzipatorischer Anspruch staatlicher Politik und

sozioökonomische Realität weit auseinander.

Belegt wird dies vor allem durch eine Studie, die Mitte der neunziger Jahre durchgeführt wurde. Diese umfasst eine Bestandsaufnahme und zahlreiche verschiedene Interviews, die den Anspruch verfolgen, die Mädchen selbst zu Wort kommen zu lassen. Dem Anspruch, die jungen Frauen als Akteurinnen zu betrachten, werden die AutorInnen auch dadurch gerecht, dass sie den Begriff der Unterdrückung vermeiden und eher von Zwängen (*contraintes*) oder Verletzbarkeiten (*vulnérabilités*) sprechen und so einen Handlungsraum andeuten, in dem die nachgewiesene extreme Belastung der jungen Frauen als Stärke und Potential erscheint.

Die empirische Untersuchung richtet sich auf den sozioökonomischen Beitrag der Frauen zur ländlichen Ökonomie und ihre soziokulturelle und politische Position. All dies wird auf der Ebene der Familie untersucht und auf der Ebene des Gemeinwesens. So wird die sozioökonomische Bedeutung der Mädchen im Bereich der familiären Produktion wie beispielsweise in der Landwirtschaft und der Vorratshaltung erfasst, ihr Beitrag zur Sicherung von Energie und Infrastruktur von Wasser über Feuerholz bis hin zur Vermarktung von Produkten. Durch ihre Tätigkeit als Lohnarbeiterinnen oder Hausmädchen tragen Mädchen ferner weiterhin zum Familieneinkommen bei. Interessant ist, dass aufgrund der Landflucht es die Frauen und Mädchen sind, die die landwirtschaftliche Ökonomie aufrechterhalten, die AutorInnen sprechen von der „féminisation du travail agricole“. Diese Ergebnisse werden nach Regionen spezifiziert dargestellt: für die nördlichen Regionen Béjaoua und Zaghuan und die zentrale bzw. südlichen Regionen von Buthady

und Meknassy. Aus den verschiedenen längeren qualitativen Interviews wird ausführlich zitiert, so dass die Frauen wirklich gut zu Wort kommen. Sie schildern aber nicht ihre inneren Konflikte oder erfahrenen Demütigungen, sondern ihren Einsatz, ihre Enttäuschungen und ihre Forderungen. Auch werden die Schattenseiten der Integration der Frauen in dem Lohnarbeitssektor deutlich: vor allem die arbeitsintensiven Sektoren der Textil- und Lederindustrie beschäftigen überwiegend Frauen, die relativ schlecht bezahlt werden.

Lamari und Schürings stellen der offiziellen Emanzipationspolitik und Emanzipationsrhetorik die Realität weiblicher Beschäftigung und Doppelbelastung, die Aspirationen und Hoffnungen der jungen Frauen entgegen. Sie kommen zu dem Fazit, dass die Emanzipationsansprüche noch zu realisieren sind. Die fortdauernde Unterdrückung der Mädchen im Kontext traditioneller patriarchaler Werte und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen werden aber nicht den jungen Frauen angelastet in dem Sinne, dass sie als passive Opfer einer starren und unbeweglichen Unterdrückungsmaschinerie betrachtet werden. Vielmehr wird der massive Einsatz der Frauen als ein Potential und als eine Expertise dargestellt, so dass Handlungspotentiale deutlich werden. Diese verlangen allerdings nach einer anderen Art von Politik, vor allem nach Investitionen in die ländliche Infrastruktur und berufliche Bildung für Frauen, die neue Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Sie erfordern, dass die Arbeit dieser jungen Frauen anerkannt wird und nicht aufgrund eines Gegenmodells der städtischen emanzipierten Frau oder über das moderne Frauenbild der Medien abgewertet wird.

Diese sehr sorgfältig recherchierte und stringent argumentierende Arbeit eines tunesischen Wissenschaftlers und einer deutschen Entwicklungsexpertin zeigt manch blinden Fleck in der tunesischen Entwicklungspolitik auf.

Nausikaa Schirilla

Mario Candeias, Frank Deppe
(2001): *Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie*. Hamburg: VSA-Verlag, 283 S.

„In welcher Gesellschaft leben wir?“ Diese alte Frage hat nicht nur zeitdiagnostische Elemente, sondern beantwortet sich aus verschiedenen theoretischen Perspektiven unterschiedlich. Insbesondere die Regulationstheorie hat in den 80er Jahren auf die Unterschiede und zeitlich-räumlichen Differenzen „des“ Kapitalismus hingewiesen. Der Fordismus und seine Krise waren ein Untersuchungsgegenstand, der weit über den Ansatz hinaus sozialwissenschaftlich und politisch relevant wurde. Inzwischen ist aus regulationstheoretischer Perspektive nicht nur die Frage umstritten, ob wir in einer „postfordistischen“ Gesellschaft leben, sondern – wenn ja – worin ihre charakteristischen Merkmale liegen. Dem nähert sich der vorliegende Band.

Bob Jessop verortet in einem einführenden Beitrag den Ansatz historisch sowie grundlagen- und erkenntnistheoretisch, insbesondere indem er die Marxsche Methode des analytischen Gangs vom Einfachen zum Komplexen und vom Abstrakten zum Konkreten als Grundlage der marxistischen Variante der Regulationstheorie entwickelt. Joachim Hirsch insistiert darauf, dass die Frage nach einem

„postfordistischen“ Kapitalismus empirisch-analytisch gar nicht eindeutig entscheidbar sei. „Die Identifizierung historischer Phasen hat deshalb prinzipiell den Charakter einer *Konstruktion*, bei der es darum geht, für *bestimmend* gehaltene Struktureigenschaften und Tendenzen pointierend herauszuarbeiten und von daher Rückschlüsse auf dominante Konfliktfelder und soziale Akteure zu ziehen.“ (45) Frank Deppe skizziert daran anschließend die sich in der Krise des Fordismus verändernden Kräfteverhältnisse, insbesondere die Schwächung der Gewerkschaften, sowie die „neue Herrschaftskonstellation“. Aufschlussreich ist Deppes Systematisierung verschiedener linker Perspektiven auf die gegenwärtige Situation und entsprechende Strategien.

Die Tatsache der neoliberalen Globalisierung nimmt einen durchaus ambivalenten Stellenwert in der Theorie ein. Erik Borg weist auf diesen Umstand hin. Mal wird sie als Muster postfordistischer Vergesellschaftung herangezogen, mal als Argument der Inkohärenz von Akkumulation und Regulation und damit eines noch nicht bestehenden Postfordismus. Dies führt er auf die unklare Stellung des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie zurück und formuliert einige Aspekte zukünftiger Forschungen.

Zwei der regulationstheoretischen „Ahnväter“, Michel Aglietta und Robert Boyer, haben mit der These vom „finanzgetriebenen Akkumulationsregime“ in den letzten Jahren die Debatte angestoßen. Ihre These wird in den Aufsätzen von Klaus Dörre und Thomas Sablowski/Sabah Alnasseri kritisch diskutiert. Dörre zeigt zudem auf, wie sich im Bereich der Unternehmensorganisation und Arbeitsbeziehungen ein postfordistisches Produktions-

modell herausgebildet hat – und welche Widersprüche es generiert.

Die Durchsetzung des Neoliberalismus erfolgte nicht nach einem Masterplan, sondern in einem Kräftefeld, das durch kontroverse Macht- und Interessenlagen gekennzeichnet ist. Diese Ausgangsüberlegung entwickelt Hans-Jürgen Bieling weiter: Die ökonomischen und politischen Krisen des Neoliberalismus werden von der „neue Sozialdemokratie“ programmatisch angegangen. „Wie ein angebotsseitig verengter Neo-Keynesianismus auf die weltwirtschaftlichen Instabilitäten und die anhaltend hohe Erwerbsarbeitslosigkeit reagiert, so lassen sich die Konzepte eines korporatistischen Netzwerkregierens als Antwort auf die schwelende Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie interpretieren, und gegen den Zerfall sozialer Gemeinschaften werden nicht selten kommunitaristisch inspirierte Ideen vorgetragen.“ (228) Die neue Sozialdemokratie mit ihrem „embedded neoliberalism“ hat jedoch den paradoxen Effekt, die neoliberale Modernisierung eher abzuschwächen als sie infrage zu stellen. Hier schließt Christian Brütt an, der einen kompetenten Überblick über zentrale Aspekte der aktuellen sozialwissenschaftlichen und politischen Sozialstaatsdiskussion gibt. Die „neue Sozialdemokratie“ formuliert ein sozialpolitisches Paradigma, das keinesfalls hin zum schlanken Staat, sondern vielmehr zum aktivierenden Staat orientiert ist. Susan George zeichnet nochmals den intellektuell fundierten Siegeszug des Neoliberalismus nach. Ariane Brenssell und Friederike Habermann intervenieren mit ihrem Beitrag gegen den „männlichen Universalismus“ zeitgenössischer Theorien und zeigen, wie neoliberale Hegemonie und patriarchale Geschlechterverhältnisse miteinander ver-

woben sind. Dabei geben sie einen ausgezeichneten Überblick über wichtige Beiträge der aktuellen geschlechterkritischen Debatte, welche die theoretischen Auseinandersetzungen bereichern könnten.

Mario Candeias identifiziert im Postfordismus ein „hochtechnologisches Paradigma“ und eine „neoliberale Entwicklungsweise“, die insbesondere durch die Neukonstitution des Verhältnisses von Arbeit und Kapital charakterisiert ist. An systematischsten geht er auf die Herausbildung neuer Subjektivitäten ein, nämlich jener der Wissensarbeiter. Entgegen der Absicht des Autors wird hier ein Dilemma vieler regulationstheoretischer Arbeiten deutlich (und die Attraktivität von Ansätzen wie jener des „Empire“ von Michael Hardt und Toni Negri). Candeias zeichnet die subjektiven Aspekte der neuen Formation als brüchige, aber relativ konsistente Entwicklungen. Widersprüche, die bei Hardt/Negri zur Essenz der möglichen Revolution stilisiert werden, tauchen in vielen regulationistisch-hegemonietheoretischen Arbeiten kaum auf. Dies ist kein Plädoyer für die Perspektive von Hardt/Negri, aber eines dafür, jenseits der wichtigen gesellschaftstheoretischen Fragen die Widersprüche und Umkämpftheit der gegenwärtigen Entwicklungen nicht aus den Augen zu verlieren. Oftmals werden sie lediglich konstatiert.

Einen in polit-ökonomischen Diskussionen oftmals unterschätzten Aspekt von Hegemonie im globalen Kapitalismus streicht Wolfgang-Fritz Haug in seinen Überlegungen zur Warenästhetik, d.h. der Macht über Bedürfnisse qua Gebrauchswertversprechen, heraus. Die ästhetische Inszenierung von Waren verändert sich heute, der digital konstituierte Schein globalisiert sich. Gerade das wenig thematisierte Nord-Süd-Verhältnis gerät damit in

den Blick. „In den Bevölkerungen der vor- und halbkapitalistischen Zentren wirkt deshalb die Warenästhetik als die stärkste Antriebskraft der Globalisierung. Sie bildet einen unwiderstehlichen Magneten.“ (195) Hier sieht Haug eine zentrale Spannung. Der „falsche Universalismus“ impliziert das schwache Potenzial einer sich erstmals als Menschheit konstituierenden Gattung.

Wenn in gewisser Weise ein „roter Faden“ durch die Beiträge hindurchinterpretiert werden kann, dann ist es ein starker Konsens, dass ein „neuer Kapitalismus“ hegemonietheoretisch bestimmt werden muss. Gleichzeitig taucht immer wieder das Motiv auf, dass die Weiterentwicklung der Regulationstheorie ganz wesentlich von seiner präziseren gesellschaftstheoretischen Fundierung abhängt. Die Frage einer kohärenten Entwicklungsweise kann nicht lediglich aus der empirischen Feststellung von „Regularitäten“ abgeleitet werden. Die sog. Globalisierungsdebatte findet insbesondere dahingehend ihren Niederschlag, dass der Raum-Zeit-Dimension noch stärker theoretische Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Die meisten Beiträge vereint zudem ein expliziter Bezug zu einem wie auch immer zu konkretisierenden Projekt sozialer Emanzipation, das sich nicht auf einen „einsichtigen Staat“ verlässt, sondern für das Kämpfe notwendig sind (wenngleich sie, wie gesagt, zu selten konkret analysiert werden). Dies unterscheidet den Band und insgesamt die an Marx anschließende Variante der Regulationstheorie von den seichten und vermeintlich kritischen Ansätzen, denen es um politische Steuerungsfähigkeit und die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit geht.

Ulrich Brand

Harry Shutt (2001), *A New Democracy. Alternatives to a Bankrupt World Order*. London & New York: Zed Books/Dhaka: UP/ Bangkok: White Lotus/Halifax, Nova Scotia: Fernwood/Cape Town: David Philip/Bangalore: Books for Change, 169 S.

Wenn es so nicht mehr weitergeht, muss es anders und damit besser werden – polemisch zugespitzt könnte man den Ertrag dieses Rundumschlags eines ausgewiesenen Kritikers von Kapitalismus und Freihandel so zusammenfassen. Die Begründung, warum es „so“ nicht (mehr) geht und auch die Überlegungen darüber, was denn gehen könnte, sind aber durchaus lehrreich.

Die Grundthese besagt, die US-amerikanische Hegemonie ebenso wie der Kapitalismus seien definitiv an ihr Ende gekommen. Nach dem Ende des Kalten Krieges gebe es keine effektiven Druckmittel mehr, den Willen der überlebenden Supermacht den anderen aufzuzwingen, und auch der islamische Fundamentalismus als Ersatz-„Schreckgespenst“ (15) überzeugt Sh. nicht angesichts der inzwischen wohlbekannten politischen Gemengelage vor allem im Nahen Osten. Dennoch verweist er auf die Kontinuität von Unilateralismus und Hegemoniepolitik in der schon unter Clinton eingeleiteten Kampagne gegen den Internationalen Strafgerichtshof, in der Haltung gegenüber Israel und in der Kooperation mit der VR China, unbeschadet der dortigen Menschenrechtssituation. Die Schlussfolgerung ist charakteristisch für die Gesamtargumentation: „... eine Zivilisation, die für sich in Anspruch nimmt, auf den Zwillingsspeilern von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu beruhen, kann sich langfristig nicht gegenüber dem Rest der

Welt dadurch durchsetzen, dass sie an diesen Prinzipien Verrat übt.“ (21)

Die ökonomische Krise des Kapitalismus analysiert Sh. als klassische Überproduktionskrise, wobei das Überangebot die Arbeitskraft ausdrücklich mit einschließt. Sh. arbeitet einmal mehr die Dissonanz zwischen den relativ erfolgreichen Entwicklungswegen in Ostasien und der Orthodoxie des Washington Consensus heraus. Das Grundproblem liege aber letztlich in der Tatsache, dass langfristig und global eine Wachstumsrate von jährlich 2,5-3% nicht überschritten werden könne und dem ein Überangebot an anlage-suchendem Kapital gegenüber stehe. Daraus erklärt sich dann die Mitte der 1970er Jahre einsetzende und in den 1990er Jahren intensiviertere Tendenz zur Deregulierung vor allem der Finanzmärkte, was nicht nur zur „verzweifelten Suche nach glaubwürdigen Investitionsmöglichkeiten“, sondern auch in die Sackgasse geführt hat, da auch kleinste Eingeständnisse der Problematik, die der Orthodoxie inhärent ist, das Risiko beinhalten, „jegliches Zugeständnis an Forderungen nach schärferer Kontrolle über Märkte oder Verhalten des Großkapitals könnte sehr schnell das Ende des Freihandels-Kapitalismus zu einer *self-fulfilling prophecy* werden lassen“ (42). Auf diesem Weg sind u.a. reihenweise die gesetzlichen Restriktionen gefallen, die in den USA während der 1930er Jahre als Konsequenz aus der großen Weltwirtschaftskrise gegen Finanzspekulationen errichtet worden waren. Schließlich sei es zur „Konvergenz zweier Krisen“ gekommen: „einer der imperialistischen Kontrolle sowie einer des kapitalistischen Wirtschaftssystems“ (44).

Hier ordnet sich die Priorität von Konzerninteressen gegenüber öffentlichem In-

teresse ebenso ein wie die bekannten Widersprüche und Ungerechtigkeiten des Welthandelssystems, das weit entfernt von freihändlerischen Prinzipien in Wirklichkeit – sinnbildlich im Agrarbereich – die Überproduktionskrise der Zentralländer managt. Hinzu kommt die „Krise der Unterentwicklung“ (Kap. 5): Sh. versteht sie als direkte Konsequenz aus dem Kolonialismus und einem verfehlten Dekolonisierungsprozess, der insbesondere zu zahlreichen nicht lebensfähigen staatlichen Einheiten geführt habe, denen dennoch abverlangt werde, als vollgültige Nationalstaaten zu funktionieren. Die „Wirklichkeit gesellschaftlichen Zusammenbruchs“ gefährde jetzt nach Jahrzehnten der Euphorie über Entwicklung und *emerging markets* „die entwickelten Länder selbst“ (87) und zwingt zum Handeln, in groben Zügen entlang den Empfehlungen der Brandt-Kommission, was nicht zuletzt einen langfristigen Ressourcentransfer von Norden nach Süden bedeuten würde, aber auch die Durchsetzung ehrlicher Verwaltung und Regierung im Süden und die Schaffung regionaler Wirtschaftsblöcke mit ausreichenden Marktgrößen.

Dem steht natürlich die Macht der globalen Finanz und der großen Konzerne entgegen. Unter Verweis auf die für ihn exemplarischen Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung in Großbritannien, wo die nach kurzer Zeit erforderliche staatliche Regulierung der Spekulation die Spitze abgebrochen hat, meint Sh. jedoch, in absehbarer Zeit auf die neuerliche Ausbreitung „kollektiver“ Eigentumsformen setzen zu können, eine Art Polanyische Zweite Welle. Als wichtigstes Mittel hierzu erscheint die Abschaffung der beschränkten Haftung für Unternehmen, womit die Spekulation persönlich riskan-

ter und damit unattraktiver werden würde. Dazu ebenso wie zur Einführung von Elementen der Marktregulierung und Planung im internationalen Bereich müssten freilich spezifische Voraussetzungen gegeben sein, die möglicherweise durch einen schweren, die Krise von 1929 noch übertreffenden Finanzcrash oder aber durch eine „unkontrollierbare Massenbewegung“ (152) geschaffen werden könnten. Ein solches „Opportunitätsfenster“ (121) würde dann analog zur Lage der USA in den 1930er Jahren die Chance zur Durchsetzung der notwendigen Veränderungen bieten. Dazu gehört auch ein Arsenal vor allem juristischer und ökonomischer Sanktionen im Rahmen eines „Supranationalismus“ (Kap. 7), der auch die Reform des UN-Systems oder gar die Gründung einer neuen, effektiveren Weltorganisation – etwa ausgehend von der Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes und der Durchführung des Kyoto-Protokolls jeweils ohne Beteiligung der USA – einschließen müsste. Schließlich ergibt sich der Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Demokratie nicht zuletzt aus den Erfahrungen der westlichen Länder mit Wahlkampf- und Parteienfinanzierung, die seit den 1980er Jahren die „vorgeblich pluralistischen Demokratien“ Nordamerikas und Westeuropas „auf den Stand von de facto-Einparteienstaaten“ gebracht haben (148). Unter anderem mahnt Sh. an, dass die Finanzierung politischer Parteien nicht in den internationalen Menschenrechtsinstrumenten erwähnt wird. „Institutioneller Wandel allein“ wird aber nicht ausreichend sein, wenn es nicht zu „verbreiteter Annahme und bewusster Anerkennung gewisser Leitprinzipien“, vor allem „Gerechtigkeit“ im Sinne der Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte und „Solidarität“ als Grundprinzip der UN kommt (160f).

Letztlich sieht Sh. die bevorstehende Krise als Entscheidung zwischen „radikaler Reform“ oder einer „wohlwollenden Autokratie“ Hobbesscher Prägung, der aber die „Erfahrung Europas mit der Ablehnung der Demokratie zugunsten des Faschismus in den 1920er und 1930er Jahren“ deutlich entgegenstehe (160). Hier und an anderen Stellen – etwa bei der Annahme einer zunehmenden internationalen Isolierung der USA (135) – sind gerade im Licht der Ereignisse seit dem 11. September 2001 ernste Zweifel angesagt: Es gibt leider gute Gründe, den Optimismus dieses Buches nicht zu teilen, und es ist deshalb umso mehr zu bedauern, dass Sh. kaum Gedanken darauf verschwendet, wer denn die gesellschaftlichen Akteure sein sollen, die das Gute in die Wege leiten. Und vor diesem Hintergrund taucht trotz aller Verweise auf Demokratisierung und Basisnähe der Verdacht auf, dass es letztlich um einen Staat geht, der zwar von den Finanzhaien und Multis momentan leider okkupiert, aber im Prinzip doch eine neutrale Instanz ist, die all die schönen Reformen schon durchführen wird, aufgeschreckt oder angetrieben vielleicht durch eine nicht weiter spezifizierte Massenbewegung. Sh. weist mit einigen guten und vielen bekannten Argumenten auf zentrale Risiken und Notwendigkeiten der Gegenwart hin, aber damit ist noch keine Lösung und erst recht kein „Weg zur Demokratie“ (Kap. 8) gewiesen. Ohne gründliche Staatskritik werden die schwerlich zu haben sein.

Reinhart Köbler

Johannes Müller, Johannes Wally (Hg.) (2000): *Weltordnungspolitik für das 21. Jahrhundert. Historische Würdigung – Ethische Kriterien – Handlungsoptionen*. Mit Beiträgen von Karl-Heinz Ziegler, Norbert Brieskorn, Dieter Senghaas, Hans Waldenfels. Stuttgart: Kohlhammer, 160 S.

Die Rede von einer „neuen Weltordnung“ ist für das erste Jahrzehnt nach der Blockkonfrontation in gewisser Weise stilbildend gewesen. Das Symposium, das 1999 in der Hochschule für Philosophie München stattgefunden hat, verfolgte zweifellos ein ehrgeizigeres Ziel, als wir uns zumeist angewöhnt haben, mit solchem Gerede zu assoziieren. Es ging um Formen sozialer, politischer und ökologischer Steuerung jenseits von Märkten und vor dem Hintergrund einer rückläufigen einzelstaatlichen Kompetenz in diesen Bereichen.

Im ersten der vier Hauptreferate, die neben der jeweils thematisch gegliederten Diskussion hier dokumentiert sind, skizziert mit dieser allgemeinen Zielsetzung *Karl-Heinz Ziegler* Grundlinien der europäischen Tradition des Völkerrechts, zu der er auch Parallelen etwa in der Herstellung von Verbindlichkeit durch Eide und andere Formen der Beschwörung in außereuropäischen Kulturen zu finden sind. Vor allem aber konstatiert Ziegler die Defizite des gegenwärtigen Völkerrechts einerseits in der „Fülle positiver Völkerrechtssätze“ gegenüber „Defizite(n) an überall in der Welt anerkannten Kulturnormen“ (23), andererseits das zunehmende Gewicht nichtstaatlicher Akteure in der internationalen Arena. Insgesamt aber erscheint das Völkerrecht als progredierendes Regelwerk, das „Mindeststandards“ setze, hin-

ter die man nicht mehr zurückfallen“ dürfe (31). Dazu gehört auch die Konvention gegen Völkermord von 1948, die einen wesentlichen Schritt hin zu der noch ausstehenden internationalen Strafgerichtsbarkeit darstellt.

Der, wie hier verschiedentlich betont wurde, für eine Rechtsordnung notwendige Konsens wird von *Norbert Brieskorn* als „mensenrechtlicher Solidarismus“ beschrieben (42), in Abgrenzung vom letztlich partikularen Kommunitarismus, egalitären Liberalismus, Utilitarismus sowie Kontraktualismus. Damit rücken vor allem Reichweite und Grenzen von Solidarität in den Blick, aber auch das notwendige Maß an Gerechtigkeit auf Weltebene.

Dieter Senghaas verbindet sein Konzept vom zivilisatorischen Hexagon mit der Problematik einer durch die Veränderungen, nicht zuletzt durch die Bildungsexplosion der Moderne bewirkten „Fundamentalpolitisierung“ (84), die in seinen Augen zuvor unhinterfragten, vor allem in der Religion verankerten gesellschaftlichen Konsens aufbricht und zugleich die Frage der Koexistenz unterschiedlicher Orientierungen und der Zivilisierung der politischen Konflikte auf die Tagesordnung gesetzt hat. Da dies im Westen gelungen sei, wird ihm auch eine Vorbildfunktion zugeschrieben, wobei Senghaas für die Gegenwart die Tendenzen der „modernistisch-initiativen“ Strömungen wie etwa in Südkorea und Taiwan, der „Bewahrer“ – „die Traditionalisten, auch die Reaktionsäre, im allgemeinen aber die Konservativen“ – zählt und namentlich Gandhi nennt, und schließlich der „halbierten Modernisten“, die „westlichen Know how“ aneignen, aber „alle übrigen geistigen Einflüsse ... fernhalten“ wollen: Nicht nur Islamisten, sondern auch Japan, Singapur, China. Eine

„Weltordnungspolitik“ hätte den westlichen Zivilisierungsprozess auf zwischenstaatlicher Ebene zu wiederholen, wobei die Subjekte eben nicht Individuen, sondern Staaten wären und die „konstruktive Konfliktkultur“ vielleicht ebenso wie in den „Binnenräumen von Gesellschaften“ aus unbeabsichtigten Folgen „machtpolitischer Pattsituationen“ entstehen könnte – sicher keine optimistische Prognose für einen „erstaunlich voraussetzungsvoll(en) Prozess (99), wobei zu diesen Voraussetzungen „Stabilität“ und daher „Verteilungsgerechtigkeit“ gehört (98). Am ehesten sieht Senghaas eine Chance der Verwirklichung dieser Vorstellungen in der Ausbreitung und Verdichtung regionaler Kooperation, verweist aber abschließend auch auf die Akteure der „Gesellschaftswelt“ (Czempiel), zumal auf NRO und einen möglichen „Friedensfachdienst“ (93), der in Konfliktsituationen die Parteien „auf allseits akzeptierte Verfassungsordnungen“ verpflichten sollte (104) – letztlich also auf Verfahren zur Konfliktregulierung.

In weit weniger pragmatischer Weise insistiert abschließend *Hans Waldenfels* auf der Bedeutung von Religion als der Anerkennung der Unverfügbarkeit auch von Ordnungen für eine denkbare Weltordnung. Dabei ergibt der unvermeidlich summarische Durchgang durch die Angebote der drei großen Buchreligionen sowie Süd- und Ostasiens, dass allein erstere solche, auf die „Welt“ gerichtete Konzepte ernsthaft bereit stellen und dass letztlich nur die christliche Lehre in ihrer westlichen Ausprägung die nötige Flexibilität biete, auf die Nöte der Welt wirklich einzugehen. Es macht stutzig, dass die darin enthaltenen eurozentrischen Konsequenzen hier offenbar ebenso wenig diskutiert worden sind,

wie etwa die naheliegenden Anschlüsse an Max Weber.

Insgesamt macht diese dem Anspruch nach auf das 21. Jahrhundert gerichtete Debatte einen etwas altväterlichen Eindruck, etwa wenn Senghaas als einziger auf die Bedeutung von Öffentlichkeit, Diskussion und Transparenz verweist, ohne die ambivalenten Möglichkeiten des Internet zu erwähnen oder wenn bis auf den Kosovo-Krieg alle Interventionen der 1990er Jahre unerwähnt bleiben. Freilich bieten die Beiträge zum Völkerrecht und auch zu den sozioethnischen Grundlagen einer internationalen solidarischen Ordnung nützliche Hinweise für diejenigen, die sich über diese Fragen orientieren wollen, auch wenn sie an den Perspektiven einer „Weltordnung“ (noch) mehr zweifeln als die Referenten und Diskussionsteilnehmer der Münchner Tagung.

Reinhart Kößler

Ulrike Jureit (Hg.) (2001): *Politische Kollektive. Die Konstruktion nationaler, rassistischer und ethnischer Gemeinschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 254 S.

Das allen in diesem Band versammelten Aufsätzen gemeinsame Thema ist das Bemühen, die von Benedict Anderson popularisierte, eigentlich aber schon auf Max Weber zurückgehende These von der Nation als einer „erfundenen Gemeinschaft“ zu präzisieren, weiter zu entwickeln und von Schlacken und Missverständnissen zu säubern. Ein erstes gängiges Missverständnis schlussfolgert aus der Überzeugung von Weber und Anderson, dass „Nation“ „nicht nach empirischen gemeinsamen Qualitäten der ihr Zugerechneten definiert werden kann“ (8 – Weber-Zitat), sondern sozial

„konstruiert“ werden muss, sie könne, bildlich gesprochen, aus dem Nichts erfunden werden. Dem setzt die Herausgeberin entgegen, „dass Traditionen aus historischen Versatzstücken konstruiert werden, also nicht völlig beliebig sein können“. „Nation im Sinne eines nationalstaatlichen Prinzips wäre ohne ein zeitlich vorausgehendes Verständnis von Gemeinsamkeit nicht möglich gewesen“ (11). Ein zweites Missverständnis setzt die „Erfindung“ von Nationen übervereinfachend mit intentionalem Handeln, insbesondere mit der zielgerichteten Verfolgung von Interessen gleich. Dagegen wendet Philipp Sarazin im Anschluss an Laclau/Mouffe und Derrida ein, dass sich all unsere Konstrukte „in ein Feld von Differenzen auf(-lösen), in dem die einzelnen Elemente ihren Wert – ihre Bedeutung – aus der Differenz zu allen anderen Elementen gewinnen“ (34) – Foucaults „Diskurs ohne Subjekt“ ist trotz einer gewissen Reserviertheit nicht weit. Gegen ein drittes Missverständnis weisen Sarazin und Jureit darauf hin, dass Imagination im Sinne von Andersons „imagined communities“ immer auch mit dem „Imaginären“ im Sinne der Psychoanalyse (speziell Lacans) zu tun hat, welches dort wiederum als notwendige Voraussetzung der Ich-Konstitution erscheint. „Weil ‚Ich‘ oder eine soziale Gruppe sich immer nur in Relation zu einem Außen, zu einem andern konstituieren kann, ist jeder Identität ein konstitutiver Mangel eingeschrieben – ein Mangel an vollem Sein“ (37). Dies legt die Illusion nahe, dass es der andere ist, der mich daran hindert, ganz ich selbst zu sein, zu meiner vollen Identität zu gelangen. Ihn zu bekämpfen bietet sich als Lösung an, und dies umso mehr, je brüchiger meine Identität ist.

Die Gesamtheit der Artikel des Bandes zu referieren, überstiege den Rahmen einer Rezension. Sie reichen von rein theoretischen Überlegungen wie den eben angesprochenen über begriffsgeschichtliche Arbeiten (Jakob Tanner und Christian Geulen über Renan) bis hin zu Einzelfallstudien zur Alltagsgeschichte (z.B. Turnerbünde im 19. Jh. bei Svenja Goltermann, „politischer Totenkult“ in der Weimarer Republik bei Manfred Hettling). Neuigkeitswert hatte für mich vor allem der Artikel von Sven Oliver Müller „Die umstrittene Gemeinschaft – Nationalismus als Konfliktphänomen“. Die zentrale These lautet, dass der Nationalismus nicht nur, wie allgemein vorausgesetzt, als Integrationsideologie wirke – dadurch dass er Aggressionen auf einen äußeren Feind ablenke -, sondern dass er umgekehrt oft genug die innere Polarisierung der Gesellschaft noch verschärfe. „Wären die Menschen nicht voneinander getrennt, bräuchten die Nationalisten nicht ihre Einheit zu beschwören“ (129). Sind sie aber getrennt, liegt es nahe, die nationalstische Feindtypisierung mittels einer „Verratssemantik“ auf den innenpolitischen Gegner zu übertragen. Dies wird nicht nur theoretisch entwickelt, sondern an einer Reihe von Beispielen aus der deutschen Geschichte empirisch verdeutlicht, am plastischsten wohl an der „Dolchstoßlegende“.

Zwei Artikel ragen aus der Vielzahl der Beiträge heraus, der eine positiv, der andere negativ. Das Positivexempel liefert Ulrich Bielefelds „Ethnizität und Gewalt“. Seine Ausgangsthese lautet: „Nicht Differenz liegt dem (ethnischen) Konflikt zugrunde, sondern der Versuch, diese herzustellen, zu behaupten und durchzusetzen“ (155). In der Banalität des Alltags bleibt die Gruppenzugehörigkeit eine routi-

sierte und ritualisierte Angelegenheit, die kaum mit existenzieller Bedeutung aufgeladen ist und auch kaum klare Grenzlinien kennt. In Alltagssituationen verliert sich das ethnische Gemeinsamkeitsgefühl immer wieder, „es muss zurückgeholt werden“ (150), v.a. in Ritualen jedweder Art. Eindeutigkeit und existenzielle Bedeutsamkeit der Grenzziehungen werden erst durch das Außeralltägliche hergestellt. „Gewalt als Aktionsmacht ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit. ... Gewalt ist identitätsstiftend“ (151). Sie schafft jedoch nicht nur kategoriale Sicherheit und klare Trennlinien auf beiden Seiten der Barrikade – man weiß, woran man ist -, sie schafft auch neue Unsicherheit, weil man jederzeit selbst Gewaltopfer werden kann. Und sie tendiert dazu, sich selbst zu perpetuieren, weil die durch sie zustande gebrachte existenzielle Gemeinsamkeit ohne den Zyklus der Gewalt kaum aufrechterhalten werden kann.

Das (einzige) Negativexempel liefert Dirk Richters „Nation: Systemtheoretische Beobachtungen am Beispiel des Kosovo-Konflikts“. Richters systemtheoretische Autorität ist Niklas Luhmann. Da Gesellschaft nur aus Kommunikationen, nicht aus Individuen bestehe, könne auch „Nation“ nicht als „Großgruppe von Individuen“ verstanden werden. Deshalb bestimmt er „Nation als Form im Sinne des Logikers George Spencer Brown“ (103). Dabei wird „Form“ als „Setzen einer Unterscheidung“ betrachtet, durch die „ein relevanter von einem irrelevanten Bereich unterschieden“ wird (103 f). Daraus ergebe sich notwendig eine „Asymmetrie bei der Beobachtung von Innen und Außenseite. ... Nationales ist nicht ohne abwertende Differenz zu haben“ (107). Einer „imaginierten Superiorität der eigenen Seite“ stehe eine in der

Regel mit „Verschwörungstheorien“ begründete Inferiorität der „Anderen“ gegenüber (107). Dies hat zwar nichts mit Brown und Luhmann zu tun, für die jedes Beobachten, z. B. auch das des Naturwissenschaftlers, identisch ist mit dem „Setzen einer Unterscheidung“ – und wenn der Biologe etwa zwischen Wirbeltieren und Wirbellosen unterscheidet, muss er die letzteren keineswegs „abwerten“. Aber dass Nationalismen die eigenen Nation auf- und die anderen abzuwerten pflegen, können wir Richter ja zugestehen (wenngleich es für diese Erkenntnis das ganze systemtheoretische Brimborium nicht gebraucht hätte). Und genau diesen Prozess einer „Binarisierung der Weltsicht“ (116), durch welche die moralische Überlegenheit der eigenen und die moralische Inferiorität der anderen Seite festgeschrieben wird, sieht er in Milosevics Serbien am Werk – vor allem das ökonomische Gefälle zwischen Serbien und Kroatien/Slowenien wie dem Westen wurde als „ungerecht“ und von den „Anderen“ verschuldet angesehen. Aus „westlicher Sicht“ dagegen waren es die Aktionen der serbischen Protagonisten gegen solche „vermeintliche Bedrohungen“ (114), die „inakzeptabel und moralisch diskreditiert“ erschienen (116). Und der Westen hat recht: „Während auf der westlichen Seite die Opferung von eigenen Menschenleben inakzeptabel erschien (siehe die Diskussion um den Einsatz von Bodentruppen) wurden vom jugoslawischen Regime erhebliche Schäden der Infrastruktur und eben auch Opfer der Bevölkerung in Kauf genommen“ (117). Abgesehen davon, dass nach diesem Zitat nur die Opferung von „eigenen“ Menschenleben „inakzeptabel“ erscheint, nicht aber die von „fremden“, abgesehen auch davon, dass es als verwerflicher angesehen wird, den Tod von

Menschen in Kauf zu nehmen, als ihn aktiv herbeizuführen, ist es doch offenkundig, dass Richter hier genau das betreibt, was er den Nationalisten vorwirft: eine Binarisierung der Weltsicht durch Abwertung der anderen und Imagination einer moralischen Superiorität auf der eigenen Seite, der des „Westens“ - und argumentativ untermauert wird dies nur mit diesem einzigen Zitat.

Von diesem Ausreißer abgesehen erfüllt das Buch jedoch seine Zielvorgabe einer Weiterentwicklung und Präzisierung des konstruktivistischen Ansatzes in der Ethnizitätsdiskussion in überzeugender Weise. Besonders gut gefiel dem Rezensenten, dass die Mischung von theoretisch-systematischer und empirisch-historischer Argumentation stimmt.

Gerhard Hauck

Susan Arndt (Hg.) (2001): *AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*. Münster: Unrast Verlag, 463 Seiten

Rassistische Denkmuster und Verhaltensweisen sind in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet, sie beeinflussen Politik und Medien. So ist das öffentliche und private Leben in alten und neuen Bundesländern von verzerrten Afrikabildern durchwoben, lauten die provokanten Thesen dieses Sammelbandes. Die Herausgeberin Susan Arndt, Afrikawissenschaftlerin an der Humboldt-Universität, legt in einem einleitenden, programmatischen Aufsatz dar, wie Stereotypen von Afrika als Krisenkontinent oder Safari-Paradies hiesige Vorstellungen prägen und die Annäherung an Afrikaner erschweren. Diese auf subtilen Ängsten und exotischer Sehnsucht basierenden Projektionen zeugen vor allem von unseren Irritationen und

Wünschen, und haben wenig mit der Lebensrealität von Afrikanern zu tun, so die Einschätzung der Herausgeberin (S.42f.). Gerade deswegen stehen sie einer Auseinandersetzung mit der Vielfalt und den Dynamiken in afrikanischen Gesellschaften diametral entgegen. Erst wenn wir bereit sind, von diesen Zerrbildern Abschied zu nehmen, kann sich der Blick gezielter auf Handlungsmöglichkeiten und –grenzen der Menschen richten, die südlich der Sahara oder in den europäischen Metropolen ihre Existenz zu sichern versuchen.

Drei Themenschwerpunkte mit insgesamt dreiundzwanzig Beiträgen veranschaulichen die damit verbundenen Herausforderungen: Die historischen Hintergründe hiesiger Projektionen werden im ersten Teil analysiert, während der zweite die negativen Afrikabilder in Kunst und Literatur herausarbeitet. Abschliessend skizziert der dritte die politischen Rahmenbedingungen, die das Leben von Afrikanern in Deutschland bestimmen.

Ein historischer Rückblick illustriert die geistesgeschichtlichen Wurzeln des Rassismus und die Kontinuitäten der negativen Afrika-Projektionen, wobei die unterschiedlichen Kontexte in Ost- und Westdeutschland verglichen werden. Dabei leiten die Historiker Jan Behrends, Patrice Poutrus und Dennis Kuck die Ursachen der rassistischen Gewalt in den neuen Bundesländern aus dem Umgang mit Fremden in der DDR ab (S.184ff.). Folglich resultierte aus dem Widerspruch zwischen der staatlich verordneten, internationalen Solidarität und der rigiden Isolation ausländischer Vertragsarbeiter und Studierender das Phänomen, dass die DDR-Bürger keine privaten Kontakte mit Afrikanern aufbauen konnten. So wurde das Erlernen von Toleranz und die Auseinandersetzung mit kul-

turellen Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden systematisch verhindert, was sich bis heute negativ auswirkt. Dies weist auf die grosse Herausforderung hin, die Gesellschaft und Politik zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung bewältigen müssen.

Neue Weichenstellungen sind auch im Westen notwendig, denn im Zuge der Wiedervereinigung begann die konservativ-liberale Regierung ganz offen, einen wiederbelebten Nationalstolz zu predigen. Medienkampagnen mit Slogans wie „das Boot ist voll“ richteten sich gezielt gegen Afrikaner (S.102ff.). Angesichts der heutigen wirtschaftlichen Probleme und damit verbundener Stigmatisierungen der „Fremden“ sei es um so wichtiger, eine menschenwürdige Integrations- und Antidiskriminierungspolitik zu formulieren. Gleichzeitig sollte die Wachsamkeit von Journalisten gegenüber den verdeckten Formen rassistischer Agitation in der politischen Meinungsbildung geschult werden, so die Thesen des Politologen Christoph Butterwege und des Sprachwissenschaftlers Siegfried Jäger (S.123ff.).

Die Afrika-Berichterstattung in den Medien schürt Negativprojektionen, denn sie beschränkt sich nicht nur auf Bilder von Kriegen, Aidsopfern und Naturkatastrophen; sogar Dokumentar- und Spielfilme gewähren kaum Einblicke in den afrikanischen Alltag, so die These des Filmemachers und Kameramanns Martin Baer (S.253ff.). Kritisch bilanziert er die Arbeit seiner Kollegen, denn vor einer schemenhaft bleibenden tropischen Kulisse werden allzuoft europäische Experten auf den Plan gerufen, um Naturparadiese zu schützen oder lokale Despoten in ihre Schranken zu weisen. Demgegenüber könnten Filme afrikanischer Regisseure Annäherungen an lokale Perspektiven und Lösungsansätze

vermitteln, doch die sind in das Nachtprogramm weniger Sender verbannt.

Sogar auf dem Buchmarkt werden Chancen zur Auseinandersetzung mit den Selbstbildern und Weltansichten von Afrikanern vertan, denn die Verlage lamentieren, afrikanische Literatur lasse sich nicht verkaufen. Gleichzeitig sind jedoch Bücher Bestseller, in denen deutsche Reisende ihre Afrika-Reisen blumig ausschmücken – vor allem, wenn die Verlagslektoren ihnen einen reisserischen Titel verpassen. Daher erfüllt die hiesige Leserschaft ihre Sehnsucht nach Naturverbundenheit und exotischer Sinnlichkeit mit Reiseberichten wie „Die weisse Massai“ oder „Ich kehre zurück nach Afrika“. Sie setzen sich gar nicht erst mit afrikanischen Autoren auseinander, so die Beobachtung der Literaturexperten János Riesz und Peter Ripken (S.309ff.).

Dennoch betrachtet Peter Ripken, Leiter der „Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika“, es als dringliche Aufgabe, Verlage für Übersetzungen afrikanischer Romane zu motivieren und afrikanische Schriftsteller einer grösseren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Deutsche Literaturwissenschaftler und Feuilletonchefs werden aufgefordert, ihre herablassende Haltung gegenüber afrikanischer Literatur zu revidieren, und sie nach den gleichen Bewertungsmaßstäben zu rezensieren, wie das z.B. für nordamerikanische der Fall ist (S.329ff.).

Eine weitere Herausforderung besteht darin, afrikanische Kinder- und Jugendbücher in den schulischen Fächerkanon zu integrieren oder sie zumindest in Schulbüchern exemplarisch vorzustellen, so die Forderung von Peter Bräunlein, der als Englischlehrer mehrere Jahre in Simbab-

we unterrichtet hat (S.271ff.). Doch Kinder- und Jugendbuchverlage sind äusserst zögerlich, wenn es um Übersetzungen afrikanischer Geschichten geht. So wird diese Literatursparte von moralisierenden Entwicklungshelferberichten beherrscht, die auf ein vermeintliches „Kinderniveau“ heruntergeschraubt werden. Wie revisionsbedürftig dieser Zustand ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass gerade Geschichten Kinder auf unterhaltende und witzige Weise mit afrikanischen Lebensformen vertraut machen können, zumal sie von hintersinnigem Humor und Menschlichkeit berichten, ohne die Probleme des Kontinents auszublenden. Hier läge somit ein Ansatz zur Vermittlung realistischer Afrikabilder.

Insgesamt liegt die Stärke dieser fundierten und dennoch anschaulich geschriebenen Publikation darin, dass sie die historischen Hintergründe der heutigen Afrika-Stereotypen aufzeigt. Zudem wird sie in ihrer breiten thematischen Basis der heutigen Problemkomplexität gerecht und hält der deutschen Gesellschaft den Spiegel vor. Als politisch ambitioniertes Buch, das seine Leser zur Reflexion des eigenen Verhaltens anregen will, formuliert es letztendlich konkrete Vorschläge zur Neuorientierung. Mit ihrem interdisziplinär angelegten Sammelband leistet die Herausgeberin Susan Arndt einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Standortbestimmung der deutschen Afrikawissenschaften, nämlich den Rückbezug von Forschungen über den Kontinent zur kritischen Bestandsaufnahme hiesiger Projektionen und Zerrbilder.

Rita Schäfer

Joachim Zeller (1999): *Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein. Eine Untersuchung kolonialdeutscher Erinnerungskultur*. Frankfurt am Main: IKO, 325 S.

Große Ereignisse haben immer auch Spuren in Form von Denkmälern hinterlassen, die der Nachwelt nicht zuletzt deshalb Probleme bereiten und Fragen stellen, weil sie stein- und metallgewordene Geschichtsinterpretationen sind, allermeist aus der Sicht von Siegern und Herrschern. Die an der TU Berlin entstandene geschichtsdidaktische Dissertation von Joachim Zeller greift ein Thema auf, das für die deutsche Erinnerungslandschaft zwar angesichts einer relativ kleinen Anzahl häufig recht unscheinbarer Kolonialdenkmäler als marginal erscheinen könnte, das aber dennoch bedeutungsvoll ist, und das nicht nur weil der „Kolonialismus ... außerhalb Europas einen bis heute wirksamen Erfahrungshintergrund (bildet)“ (259) – wie Z. übrigens plastisch an der Denkmalsituation in Namibia aufzeigt, der einzigen ehemaligen deutschen Kolonie, wo die – wenigen – Denkmäler aus der deutschen Herrschaftsperiode nicht von den Mandatsmächten geschleift wurden. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt aber auf der Darstellung der Entstehung und des Schicksals der in Deutschland errichteten Denkmäler. Dabei wird die jeweilige historische Situation ausführlich diskutiert, was in teilweise schon fast etwas langatmig geratenen Diskursen von der allgemeinen Rolle des Imperialismus bis hin zur Haltung der SPD in der Kolonialfrage vor dem Ersten Weltkrieg resultiert. Über diese Kontextualisierung hinaus enthält das Buch aber das, was Erinnerungskultur eigentlich greifbar

macht: Z. hat sich der Mühe unterzogen, insgesamt 155 Objekte vorwiegend auf dem ehemaligen Territorium des Deutschen Reiches, aber auch in seinen einstigen Kolonien nicht nur aufzulisten, sondern auch dokumentarisch, meist durch Archivmaterialien und Zeitungsartikel zu erfassen. Allein diese Liste, die zusammen mit Beschreibungen der Denkmäler und Angaben über ihren Erhaltungszustand im Anhang abgedruckt ist (303-325) ist Ausdruck einer formidablen Forschungsleistung. Sie kann aber auch Anlass sein, sich mit lokalen Zusammenhängen der Kolonialgeschichte auseinanderzusetzen. Das wird vor allem deutlich, wenn Z. die Geschichte einige besonders herausragender Denkmäler nachzeichnet. Soweit sie tatsächlich errichtet wurden – zur Denkmalsikonographie und -kultur gehören ganz wesentlich auch die zahlreichen, nicht ausgeführten Entwürfe – haben sie inzwischen einige Schicksalswendungen hinter sich; So wurden u.a. die Statuen der einstmals mit Heldenaura umgebenen Wißmann, Dominik und Peters nach dem Ersten Weltkrieg aus Kamerun und dem heutigen Tanzania repatriert und in Hamburg bzw. auf Helgoland aufgestellt als zentrale symbolische Anlaufstellen der kolonialrevisionistischen Bewegung. Diese schaffte es zudem, 1932 schließlich ein zentrales Kolonialdenkmal in Bremen zu errichten, den aus Klinkern gemauerten Elefanten, der von den Nazis als zentraler Ort für ihre Kolonialpropaganda genutzt wurde. Das Schicksal der Denkmäler im Nachkriegsdeutschland ist gleichfalls signifikant: Der teilweise erst allmählich vollzogene Abbau der Denkmäler in der DDR erwies sich als letztlich unzureichende „Strategie der Verdrängung und des Vergessens“ (226) spätestens dann, als mehrere von ihnen nach

1990 wieder errichtet wurden (227/229). Im Westen gab es dagegen einerseits die Kontinuität kolonialer Propaganda, wohl am prominentesten belegt durch den CDU-Politiker Kai-Uwe von Hassel; andererseits entwickelte sich seit Anfang der 1960er Jahre eine neue Form der Auseinandersetzung mit den Denkmälern: Der buchstäbliche Sturz des Dominik- und des Wißmann-Denkmal in Hamburg im Rahmen der Studentenbewegung oder das Verschwinden des Adlers auf dem Göttinger Südwestafrika-Denkmal, dessen Kopf sich seit 1999 im Besitz der History Society der University of Namibia befindet, sind sicherlich bemerkenswert handfeste Formen der Erinnerungsarbeit. Daneben stehen aber weniger spektakuläre, vielleicht aber nachhaltigere Initiativen zur Umwidmung von Denkmälern, meist durch das Anbringen von Plaketten oder das Hinzufügen entsprechender Tafeln. So wurde der Bremer Elefant zum Anti-Kolonial-Denkmal oder das Hannoveraner Karl-Peters-Denkmal durch eine Mahntafel gleichsam neutralisiert. In Münster führte der bisher erfolglose Versuch zur Aufstellung einer ähnlichen Tafel an einem Kriegerdenkmal zu einer jahrelangen Debatte über den Völkermord der deutschen Schutztruppe bei der Unterdrückung des landesweiten Aufstandes 1904/07 in Namibia. Grenzen einer solchen Erinnerungspolitik sieht Z. bei dem Versuch, ähnlich mit einem der wichtigsten und vermutlich dem meist fotografierten aller deutschen Kolonialdenkmäler zu verfahren, dem Schutztruppenreiter, der heute noch das Bild des Zentrums der namibischen Hauptstadt Windhoek beherrscht. Die Initiative deutschsprachiger Namibierinnen und Namibier, hier eine Plakette im Sinne der Schuldanerkennung und Versöhnung anzubringen,

sieht der Autor u.a. auch als Ausdruck eines mühsamen Kompromisses innerhalb der dünnen Schicht derer, die zu einem solchen Schritt überhaupt bereit wären. Daher würden „klare Aussagen“ zu „Ursachen und Verantwortlichkeiten“ vermieden (259). Auch insofern träfe die eingangs zitierte These zweifellos zu: Die Spuren der Kolonialherrschaft haben nach wie vor ihre eigentliche Virulenz dort behalten, wo sie ausgeübt wurde.

Reinhart Kößler

Gustav Menzel (2000): *Widerstand und Gottesfurcht. Hendrik Witbooi – eine Biografie in zeitgenössischen Quellen*. Mit einem Epilog von Wilhelm J. G. Möhlig. Köln: Rüdiger Köppe, 259 S.

Günther Reeh (2000): *Hendrik Witbooi. Ein Leben für die Freiheit. Zwischen Glaube und Zweifel*. Köln: Rüdiger Köppe, 85 S.

Hendrik Witbooi gehört zu den großen, tragischen Gestalten des afrikanischen Widerstandes gegen die Errichtung der europäischen Kolonialherrschaft in Afrika. Die neuere Geschichtsschreibung hat aber auch deutlich herausgearbeitet, dass er als einer der ersten die Notwendigkeit erkannt hat, die Völker des heutigen Süd- und Zentralnamibia gegen die koloniale Expansion zu einigen. Diese herausragende, auf symbolischer Ebene bis heute fortwirkende historische Rolle Hendrik Witboois war verflochten mit dem Anspruch auf die Exekution einer Offenbarung, auf die er zur Rechtfertigung seiner Aktionen verwies und die Anlass zu ausführlichen Auseinandersetzungen mit den im Süden und im Zentrum Namibias ansässigen Missionaren

der Rheinischen Missionsgesellschaft waren. Zehn Jahre nach seiner Unterwerfung unter die deutsche Kolonialherrschaft 1894 stand Hendrik Witbooi mit über 70 Jahren an der Spitze des großen Nama-Aufstandes. Auch hier spielten geistliche Momente, insbesondere das Auftreten des nativistischen Predigers Shepperd Stuurman, eine wichtige Rolle. Für die beiden anzuzehrenden, aus dem Zusammenhang der Rheinischen Missionsgesellschaft stammenden Publikationen steht Hendrik Witboois Verhältnis zur Mission im Zentrum des Interesses. Vor allem die Darstellung Gustav Menzels, des 1999 im Alter von 91 Jahren verstorbenen letzten Missionsdirektors, arbeitet fast ausschließlich mit langen Zitaten aus den veröffentlichten und ungedruckten Berichten der Rheinischen Missionare. Damit wird vor allem wichtiges Quellenmaterial erschlossen, freilich auf Kosten einer Sicht, die Witboois Verhältnis zur Mission so weit ins Zentrum rückt, dass seine politische Konzeption vor allem gegenüber der Ausbreitung der deutschen Kolonialherrschaft so gut wie vollständig verdeckt wird. Da auch die neuere, „revisionistische“ Geschichtsschreibung nicht berücksichtigt und der Interpretation die inzwischen vielfach kritisierte Auffassung der vorkolonialen Konflikte als Stammeskriege zugrundegelegt wurde, wie sie vor allem von dem Rheinischen Missionar Heinrich Vedder begründet worden ist, hält sich diese Darstellung im Rahmen des Missionsdiskurses, dem es vor allem um „Treue“ und „Untreue“ zur Missionsgesellschaft geht. Das ist für das Unternehmen Menzels verständlich. Irritierend muss sein, wenn dieser Diskurs auch im anderthalbseitigen Epilog Möhligs in der Weise fortgesetzt wird, dass Hendrik Witboois Tod während des Nama-Aufstan-

des ihn vor dem „Galgen“ bewahrt habe (208). Auf die Legitimität der deutschen Anwesenheit im Lande oder die deutsche Kriegführung, die nicht zuletzt durch das gut zugängliche und in der Bibliographie in zwei Ausgaben aufgeführte „Tagebuch“ Hendrik Witboois dokumentiert ist, wird kaum eingegangen. Die indigene Perspektive wird durch den Missionsdiskurs zugedeckt.

In gewissem Maß ein Gegengewicht repräsentiert die ursprünglich als „Einleitung und Ergänzung“ zu Menzel verfasste Arbeit von Günther Reeh. Hier wird – teilweise auf der Grundlage derselben, freilich kürzeren Quellenzitate – zumindest auf die Voreingenommenheit der Missionare für die deutsche Kolonialherrschaft und in Andeutungen auch auf die dem entgegengesetzte Konzeption Hendrik Witboois eingegangen, der wenigstens von dem Zeitpunkt, wo sich die militärische Konfrontation mit der deutschen Kolonialmacht abzeichnete, auf eine Zusammenfassung aller Kräfte gegen diese Gefahr hinwirkte. Hinter dem gefährdeten und verirrtten Schäflein oder dem Räuberhauptmann, den die Missionare in ihm sahen, tritt wenigstens in Ansätzen hier eine Gestalt hervor, die ein politisches Konzept verfolgte und es verstand – sicherlich auch im Kontext eines religiös motivierten Sendungsbewusstseins – Menschen für diese Ziele zu mobilisieren. Die späteren Schicksale der Witbooi nach dem Ende des Aufstandes 1905, ihre Deportation und Dezimierung hat Reeh unter Rückgriff auf den aus den Quellen der Missionsgesellschaft gearbeiteten Aufsatz von Hillebrecht und Melber berücksichtigt.

Reinhart Kößler

Udo Kaulich (2001): *Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (1884-1914)*. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang, 639 S.

Der Anspruch dieser Mainzer historischen Dissertation ist nicht gering: Sie soll die Lücke schließen, die dadurch gegeben ist, dass „bis heute keine wissenschaftliche Gesamtdarstellung über Deutsch-Südwestafrika geschrieben worden ist“ (20). K. geht dieses Unternehmen in acht großen Kapiteln an, in denen er zunächst einen – nicht immer zuverlässigen – landeskundlichen Überblick gibt und detailliert auf die Umstände der „deutschen Besitzergreifung“ eingeht, insbesondere auf die Gründe, die Bismarck bewogen haben, 1884 von seinem strategisch begründeten Verzicht auf Kolonien abzurücken. Es folgen höchst detaillierte, jeweils chronologisch gehaltene Durchgänge durch die Themen „Verwaltung“, „Finanzpolitik“, „Eingeborenenpolitik“ (sic), „Land- und Erschließungsfrage“, Wirtschaft, „Infrastruktur“ und christliche Mission. Dabei sind Überschneidungen und Wiederholungen wohl nicht zu vermeiden, sie treten aber gehäuft auf. Die argumentative Grundlinie des eher auf Quellennähe denn auf Thesenfreudigkeit abhebenden Buches bringt dabei wenig Neues: Das vom Bremer Kaufmann Lüderitz eingeleitete Unternehmen war vor allem finanziell ein Desaster, bis es durch den Glücksfall der Diamantentunde in der südlichen Namibwüste gerettet wurde – für etwa sieben Jahre, bis 1915 die südafrikanische Besatzung der Herrlichkeit ein Ende setzte. Genau das ist die Perspektive dieser Darstellung: Bei durchaus erkennbarer Sympathie kommen die

„Eingeborenen“, wie es quellennah heißt, als Subjekte nicht vor, sondern immer nur als Gegenstand und natürlich als Gegner und Opfer der deutschen Eroberungs- und Unterdrückungspolitik. Das fällt nun wirklich hinter den Stand dessen zurück, was im Kontext der namibischen Geschichtsdebatte als „revisionistische“ Wendung bekannt ist und hier nur dünn vertreten und vor allem keiner Diskussion gewürdigt wird. So spielt es schon fast keine Rolle, ob Gesine Krüger lobend erwähnt, Jan-Bart Gewalt wenigstens genannt oder Wolfgang Werner völlig ausgespart wird: Mit ihren Thesen, die seiner Darstellung etwa des Beginns des Herero-Aufstandes 1904 oder der Stellung des von ihm unproblematisch als „Oberhäuptling“ der Herero bezeichneten Samuel Maharero deutlich widersprechen, setzt K. sich nicht auseinander; das für „Ostherero“ (237 u.ö.) eigentlich zutreffende Ethnonym Mbanderu scheint er nicht zu kennen – und offenbar auch nicht die differenzierende Literatur über die deutsche Politik gegenüber den Afrikanern während der letzten Jahre deutscher Herrschaft: Der dafür zentral wichtige Hauptmann Kurt Streitwolf kommt nicht vor. Fehler in der Landeskunde (etwa, den „Dama[ra] ... eine den San verwandte Erscheinungsform“, 32) oder die Annahme, die Nama seien „wahrscheinlich gegen Ende des 18. Jahrhunderts“ aus dem Kap eingewandert (33) hätten auch durch gründlichere Benutzung des hier gegen den Diskussionsstand als privilegiertes Referenzmittel bezogenen *Alten Südwestafrika* von Vedder (1934) vermieden werden können. Aber auch ein Blick ins Archiv der Rheinischen Mission in Wuppertal außer der extensiven Auswertung der Bestände des Bundesarchivs hätte dem Autor neue Perspektiven eröffnet, ganz abgesehen da-

von, dass Archivarbeit und Anwesenheit vor Ort eigentlich zum Standard gehören – man kann sich des Verdachts nicht erwehren, dass beides unterblieben ist. Was bleibt, ist eine Fleißarbeit über *deutsche* Kolonialpolitik und -praxis. Ob das eine „Gesamtdarstellung“ sein kann, fragt sich doch sehr.

Reinhard Kößler

Fee Holz-Kemmler (2001): *Der Weg zum Neuen Südafrika. Der historische Prozeß der Apartheid vor dem Hintergrund gruppenspezifischer Entwicklungen*. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang, 243 S.

Wichtigster Sinn von Dissertationen ist die Erarbeitung neuen Wissens. Daran fehlt es dieser laut Klappentext „wirtschafts- und sozialhistorische(n) Promotion an der Universität Linz“, neben der die Autorin noch „eine volkswirtschaftliche Promotion an der Freien Universität Berlin“ „erstellt“ hat, nicht nur, sondern es wird noch nicht einmal das vorhandene Wissen zuverlässig präsentiert und synthetisiert. Dass Südafrika über eine reiche, in vielem geradezu bewundernswerte Tradition sozialhistorischer und historisch orientierter sozialwissenschaftlicher Forschung verfügt, kann man nach der Lektüre dieser Arbeit nicht einmal erahnen. Schlüsselwerke fehlen in der Bibliographie und werden in der von Jan van Riebek bis Thabo Mbeki reichenden Darstellung durch lange Referate weitgehend deutschsprachiger Literatur ersetzt, die größtenteils als (nicht unbedingt internationaler) Standard gelten kann, zu der für H.-K. aber z.B. auch der Baedeker gehört, wenn es gilt, über Lesotho zu handeln. Bei alledem gibt es keine rechte These, wenn man nicht die wiederholte Aus-

sage als solche betrachten will, dass die südafrikanische Gesellschaft seit Gründung der Kapkolonie zerklüftet, ungleich sowie ethnisch und rassistisch fragmentiert gewesen ist. Dabei kommt es zu irreführenden Aussagen wie etwa der, „die“ Buren hätten sich im Großen Trek nach Osten und Norden bewegt, wobei die große Mehrheit doch im Kapland geblieben ist (42, 209). Generell werden essentialistische Vorurteile an keiner Stelle reflektiert. Vor allem aber fehlt es an jeglicher Analyse sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhänge. Wer über das Arrangement nach dem Burenkrieg etwa schreiben kann: „Obwohl Briten und Buren zum ersten Mal in der Geschichte eine Versöhnungspolitik verfolgten, wurden die Nicht-Weißen weiterhin unterdrückt“ (64), verfehlt krass die Tatsache, dass Grundlage der *Act of Union* von 1910 gerade der Ausschluss der Schwarzen gewesen ist. Dafür erscheint dann die *Natives Land Act* von 1913 als Maßnahme gegen die „drohende Landnahme durch die schwarze Bevölkerungsmehrheit“ (79), als sei es nicht um die Enteignung und Vertreibung längst ansässiger Menschen gegangen. Auch die Dynamik der südafrikanischen Wirtschaft und Gesellschaft kann so nicht in den Blick kommen. Die Krise des Apartheidssystems als Wachstums- und Wirtschaftsmodell scheint allenfalls schemenhaft im Verweis auf die mangelhafte Qualifikationsstruktur und verschlechterte „Standortattraktivität“ (220) auf. Wer neuere Analysen zu den Entwicklungsaussichten Südafrikas zur Kenntnis genommen hat, wird andererseits die optimistischen Aussagen über Industrialisierung und Schwellenlandstatus verwundert zur Kenntnis nehmen, die weder durch Analyse der Branchen-, noch der Investitionsstruktur, noch der technischen Ausstattung

oder ähnliches begründet werden. Dafür kann dann das „Wunder des Wandels“ (6) gefeiert werden, dessen Grundlagen und Widersprüche eben gar nicht wirklich analysiert wurden – auch nicht in den abschließenden Hinweisen auf den Übergang des ANC an der Regierung auf wirtschaftsliberale Positionen, die selbstverständlich als rationale Einsicht präsentiert werden. Auch wer dann hofft zu erfahren, wie denn die Deregulierung des Arbeitsmarktes, niedrige Lohnabschlüsse und fiskalische Austeritätspolitik mit Armutsbekämpfung,

Bildungsoffensive und Abbau krasser gesellschaftlicher Ungleichheit zusammengebracht werden sollen, wird bitter enttäuscht werden. Es geht halt einfach darum, die verschiedenen Komponenten des neoliberalen „Fix“ aufzuzählen. Und wie einfach man es sich dabei letztlich machen kann, dafür ist diese Dissertation schon ein eindrucksvolles Lehrstück. Die vielen sprachlichen Schlampereien machen die Lektüre allerdings auch unter diesem Aspekt zu alles anderem als einem Vergnügen.

Reinhart Kößler

Eingegangene Bücher

Christel Adick; Wolfgang Mehnert (Hg.): *Deutsche Missions- und Kolonialpädagogik in Dokumenten. Eine kommentierte Quellensammlung aus den Afrika-beständen deutschsprachiger Archive 1884-1914*. Frankfurt am Main: IKO 2001, 485 S.
ISBN 3-88939-237-7

Tariq Ali: *The Clash of Fundamentalisms. Crusades, Jihads and Modernity*. London & New York: Verso 2002, 342 S.
ISBN 1-85984-679-3

ALNAP Annual Review 2002: *Humanitarian Action: Improving Performance through Improved Learning*. London: ALNAP (Active Learning Network for Accountability and Performance in Human Action) c/o Overseas Development Institute, 232 S.
ISBN 0-85003-586-4

Franz Ansprenger: *Geschichte Afrikas*. München: Beck 2002 (C.H. Beck Wissen), 128 S.,
ISBN 3-406-47989-8

Felicitas von Aretin; Bernd Wannenmacher (Hg.): *Weltlage. Der 11. September, die Politik und die Kulturen*. Opladen: Leske + Budrich 2002, 234 S.
ISBN 3-8100-3418-5

Michael Bollig; Jan-Bart Gewald (Hg.): *People, Cattle and Land. Transformations of a Pastoral Society in Southwestern Africa*. Köln: Rüdiger Köppe 2000, 540 S.
ISBN 3-89645-352-1

Ulrich Brand; Mokika Kalcsis (Hg.): *Wem gehört die Natur? Konflikte um genetische Ressourcen in Lateinamerika*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2002, 178 S.
ISBN 3-86099-229-5

- Jan-Georg Deutsch; Peter Probst; Heike Schmidt (Hg.): *African Modernities*. Oxford: James Currey/New Portsmouth, NH: Heinemann 2002, 184 S.
ISBN 085255-792-2
- Jörg Dürrschmidt: *Globalisierung*. Bielefeld: Transcript 2002, 130 S.
ISBN 3-933127-10-6
- Erhard Eppler: *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?* Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 154 S.
ISBN 3-518-12288-6
- Michael Fanizadeh; Gerald Hödl; Wolfram Manzenreiter (Hg.): *Global Players – Kultur, Ökonomie und Politik des Fußballs*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2002, 275 S.
ISBN 3-86099-236-8
- Susanne Giannos: *Das Werden des Palästinenserstaates. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Völkerrechts*. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien: Lang 2002, 209 S.
ISBN 3-631-38703-2
- Thomas Göthel: *Demokratie und Volkstum. Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten in der Weimarer Republik*. Köln: SH-Verlag 2002
ISBN 3-89498-109-1
- Dieter Goetze: *Entwicklungssoziologie. Eine Einführung*. Weinheim: Juventa 2002, 264 S.
ISBN 3-7799-1474-3
- Reinhard Hildebrandt: *Staat und Gesellschaft unter dem Einfluss der Globalisierung*. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien: Lang 2002, 104 S.
ISBN 3-631-38715-6
- Michael Hinz: *Der Zivilisationsprozess: Mythos oder Realität? Wissenschaftssoziologische Untersuchungen zur Elias-Duerr-Kontroverse*. Opladen: Leske + Budrich 2002, 430 S.
ISBN 3-8100-3398-7
- Karl Otto Hondrich: *Wieder Krieg*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 193 S.
ISBN 3-518-12297-5
- Christoph Horn; Nico Scarano (Hg.): *Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 509 S.
ISBN 3-518-29263-7
- Cord Jakobeit; Heribert Weiland (Hg.): *Das „Afrika-Memorandum“ und seine Kritiker. Eine Dokumentation*. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde 2002, 287 S.
ISBN 3-928049-82-8
- Journal Entwicklungspolitik 2/02: *Mutationen der Entwicklungspolitik*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel
ISBN 3-86099-630-4
- Edward Keene: *Beyond the Anarchical Society. Grotius, Colonialism and Order in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press 2002, 165 S.
ISBN 0-521-00801-8
- Kievelitz, Uwe; Polzer, Tara: *Nepal Country Study in Conflict Transformation and Peace Building*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH 2002 (= Devisen 43: Health, Education, Nutrition, Emergency Aid)
- Ropers, Norbert: *Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Kata-*

- strophen*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH 2002 (= Abteilung 43: Gesundheit, Bildung, Ernährung, Nothilfe)
- Bruno Latour: *Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 386 S.
ISBN 3-518-29195-5
- Henning Melber (Hg.): *Zimbabwe's Presidential Elections 2002. Evidence, Lessons and Implications*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002, 88 S.
ISBN 91-7106-490-7
- John Pilger: *The New Rulers of the World*. London: Verso 2002, 246 S.
ISBN 1-85984-393-X
- Albert F. Reiterer: *Postmoderne Ethnizität und globale Hegemonie*. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien: Lang 2002, 201 S.
ISBN 3-631-38625-7
- Wolfgang Sachs: *Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2002, 216 S.
ISBN 3-86099-234-1
- Hans-Peter Schachner: *Chance oder Niedergang? Versuch einer Konzeption für eine gerechte Weltwirtschaft*. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien: Lang 2002, 335 S.
ISBN 3-631-38567-6
- Sociologus, 51. Jg. (2001) Heft 1/2 Schwerpunkt: *Reinheit und Gewalt*, 194 S.
- Peter Waldmann: *Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika*. Opladen: Leske + Budrich 2002, 261 S.
ISBN 3-8100-3434-7
- Widerspruch 42: *Sicherheit, Freiheit und Gerechtigkeit* (2002), 212 S.
ISSN 1420-0945
- Theresa Wobbe: *Weltgesellschaft*. Bielefeld: Transcript 2000, 97 S.
ISBN 3-933127-13-0
- Ellen Meiksins Wood: *The Origin of Capitalism. A longer view*. London: Verso 2002, 213 S.
ISBN 1-85984-392-1